

Resolution

SaarLorLux-Internationale:

Humane und solidarische EU-Flüchtlings- und Asylpolitik gefordert!

Es ist eine Schande und ein Armutszeugnis für Europa, dass die Regierungen der 28 EU-Mitgliedstaaten es bislang nicht geschafft haben, sich auf eine humane und solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik zu einigen.

Die Großregion SaarLorLux sollte in Asyl- und Flüchtlingsfragen eng zusammenarbeiten, um diese große Herausforderung gemeinsam zu bewältigen. Es muss eine Willkommenskultur geschaffen werden, um die Flüchtlinge an dem Leben in der Grenzregion teilhaben zu lassen.

Die SaarLorLux-Internationale fordert:

- **eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa.** Die EU braucht ein gerechtes und dauerhaftes Verteilsystem. Wenn es auf freiwilliger Basis nicht möglich ist, sollte ein EU-Gesetz die Aufteilung der Flüchtlinge verbindlich regeln.
- **umgehende Hilfe für alle EU-Staaten, die aktuell besonders belastet sind.** Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen den Erstaufnahmestaaten praktische und finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellen.
- **den Ausbau der Seenotrettung im Mittelmeer,** um die humanitären Katastrophen vor den Toren Europas zu beenden.
- **EU-weite Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen.** Der menschenwürdige Umgang mit Flüchtlingen in der EU muss überall gesichert sein.
- **EU-weite Normen für die Anerkennung von Flüchtlingen und bei der Gewährung von Asyl.** Um die Verwaltung zu vereinfachen und zu beschleunigen, eine gerechte Verteilung zu ermöglichen und um die Fluchtwege erheblich zu verkürzen, ist über die Einrichtung von Registrierungszentren an den europäischen Außengrenzen nachzudenken.
- **ein EU-weites System der legalen und gesteuerten Einwanderung, damit Menschen auf sicherem Weg nach Europa gelangen können.** Europa profitiert von der Einwanderung. Auch in Zukunft ist durch die Globalisierung und die zahlreichen internationalen Konflikte mit weiterer Zuwanderung zu rechnen.

- **Initiativen zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern**, dazu gehören die Stabilisierung zerfallender Staaten, die Eindämmung von Terror, Gewalt und Krieg, die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Schaffung freiheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Perspektiven.
- **einen fairen Welthandel, bei dem die Europäische Union ihrer Verantwortung gerecht wird**. Handelspartnerschaften müssen die wirtschaftlichen Bedingungen vor Ort unterstützen und stärken.
- **besonderen Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder**. Auf geschlechtsspezifische Bedürfnisse muss vermehrt Rücksicht genommen werden.
- **Rassismus klar beim Namen benennen**. Staaten, die öffentliche Kampagnen gegen Flüchtlinge durchführen sowie Organisationen, Bewegungen und Personen aller Art, welche Hass schüren und vor Gewalt nicht zurückschrecken, muss entschlossen die Stirn geboten werden. Schweigen stärkt diese noch zusätzlich.

Einstimmig angenommen in Otzenhausen am 26.9.2015